

## 1. September: Kirchliche Mahnungen zum Jahrestag des Kriegsausbruchs

Dem fünfzigsten Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs am 1. September, der von den Kirchen in der Bundesrepublik mit zahlreichen Gedenkgottesdiensten begangen wurde, widmete Johannes Paul II. ein Apostolisches Schreiben (*Osservatore Romano*, 27. 8. 89). Zum vierzigsten Jahrestag des Kriegsbeginns vor zehn Jahren hatte sich der Papst nicht ausführlich geäußert. Jetzt richtete er zusätzlich zum Apostolischen Schreiben an die ganze Kirche und an „alle Menschen guten Willens“ noch eine eigene Botschaft an die Bischofskonferenz seines Heimatlandes. Diese Doppelung ist naheliegend: Der Zweite Weltkrieg begann mit dem Überfall der deutschen Truppen auf das erst zwanzig Jahre zuvor als unabhängiger Staat wiedererstandene Polen; der jetzige Papst erlebte den Kriegsausbruch als Student in Krakau. Seit dem Beginn seines Pontifikats hat Johannes Paul II. die dramatische Entwicklung in seinem Heimatland nicht nur aufmerksam begleitet, sondern sie nicht zuletzt durch seine drei Besuche in Polen auch nicht unerheblich mitbeeinflusst.

### Judenhaß im „vollkommenen Gegensatz“ zum Evangelium

Die *Botschaft an die Polnische Bischofskonferenz* (*Osservatore Romano*, 27. 8. 89) hebt den entschlossenen Willen der Polen von 1939 hervor, ihr Vaterland zu verteidigen und betont, das polnische Volk habe im Verlauf des Krieges seine Verpflichtungen als Verbündeter voll „und sogar im Übermaß“ erfüllt. Der Papst erinnert an den Hitler-Stalin-Pakt sowie an den Einmarsch sowjetischer Truppen in Ostpolen am 17. September 1939 und

ruft die immensen Verluste ins Gedächtnis, die Polen im Krieg erlitten hat.

Johannes Paul II. beklagt gleichzeitig, daß seinem Heimatland nach dem Zweiten Weltkrieg ein System aufgewungen wurde, das keine positive Entwicklung erlaubte, sondern den Sieger zum Besiegten machte: „Es ist schwer, sich der Überzeugung zu widersetzen, daß die Jahrzehnte nach dem Krieg das von der polnischen Nation so sehr ersehnte Wachstum und den Fortschritt nicht gebracht haben, die für das Vaterland nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges so dringend notwendig gewesen wären, sondern vielmehr eine große sozio-ökonomische Krise und neue Verluste verursacht haben – nicht mehr an den Fronten des bewaffneten Kampfes, sondern an der friedlichen Front des Kampfes für eine bessere Zukunft des Vaterlandes, für den Platz, der ihm unter den Nationen und den Staaten Europas und der Welt zukommt.“ Es hänge, so der Papst in Anspielung auf den gegenwärtigen Neuanfang in Polen, sicher und in entscheidendem Maße von den Polen ab, ob ihr Land ein Land vielfältigen Fortschritts sein werde; ob es die nicht nur wirtschaftliche Verzögerung aufholen werde, „die die bittere Frucht des Systems ist, das an der Macht war“, und ob es fähig sein werde, den Millionen seiner Bürger, besonders den Jugendlichen, das Vertrauen in die eigene Zukunft wiederzugeben.

Auch das Apostolische Schreiben an die Gesamtkirche beginnt mit einem geschichtlichen Rückblick. Johannes Paul II. nennt die wichtigsten Stationen des Krieges vom Einmarsch in Polen bis zur Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 und dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki ein Vierteljahr danach.

Gleichzeitig erinnert der Papst an die *Initiativen des Heiligen Stuhls* während des Krieges: Pius XII. und seine Mitarbeiter hätten sich sowohl auf diplomatischer Ebene wie im humanitären Bereich unermüdlich dafür eingesetzt, die Ausdehnung des Krieges einzuschränken, „ohne sich dazu verleiten zu lassen, im Konflikt Partei zu ergreifen, der Völker verschiedener Ideologien und Religionen entzweite“. Bei diesen Bemühungen habe der Heilige Stuhl auch dafür Sorge getragen, die „Lage der Völker, die außergewöhnlichen Prüfungen ausgesetzt waren“, nicht zu erschweren und ihre Sicherheit nicht zu beeinträchtigen.

Ein eigenes Kapitel des Schreibens gilt der *Judenverfolgung und -vernichtung*: „Unter all diesen unmenschlichen Maßnahmen gibt es aber eine, die für immer eine Schande für die Menschheit bleiben wird: die organisierte Barbarei, die gegen das jüdische Volk gewütet hat.“ Der Papst fordert als Konsequenz aus dem Geschehenen zum Kampf gegen alle Formen des Rassismus auf und hält „mit Nachdruck“ fest, die Feindschaft oder der Haß gegen das Judentum stünden im vollkommenen Gegensatz zur christlichen Sicht von der Würde des Menschen. Durch die Verfolgung des Volkes, „dem Christus dem Fleisch nach entstammt“ (Röm 9,5), sei die Botschaft des Evangeliums von der gleichen Würde aller Kinder Gottes verhöhnt worden.

### Lehren aus der düsteren Vergangenheit

Die Anmaßung der Ideologie des nationalsozialistischen Systems, so das Papstschreiben, habe auch die Kirchen und besonders die katholische Kirche nicht verschont. Ihr Schicksal sei aber auch in den Gegenden nicht besser gewesen, wo die marxistische Ideologie des Dialektischen Materialismus sich gewaltsam durchgesetzt habe. Johannes Paul II. greift eine geläufige Deutungskategorie auf, indem er „nationalsozialistisches Heidentum“ und „marxistisches Dogma“ als totalitäre Ideologien parallelisiert, die „dazu neigen, Ersatzreligionen zu werden“. Die

Erfahrung habe den traurigen Beweis erbracht, daß der Mensch, welcher allein der Macht des Menschen ausgeliefert und in seiner religiösen Sehnsucht verstümmelt sei, sehr schnell zu einer Nummer oder zum bloßen Objekt werde. Der Papst sieht in den ideologischen Verirrungen unseres Jahrhunderts teuflischen Einfluß am Werk: „Der moralische Abgrund, in den die Verachtung Gottes und damit auch des Menschen die Welt vor fünfzig Jahren hinabgestürzt hat, läßt uns die Macht des ‚Herrschers dieser Welt‘ (Joh 14, 3) mit Händen greifen: Er vermag die Gewissen zu verführen durch die Lüge, durch die Verachtung des Menschen und des Rechtes, durch den Kult von Herrschaft und Macht.“

Aus *Lehren aus der düsteren Vergangenheit*, an die der 1. September 1989 erinnert, nennt Johannes Paul II. an erster Stelle die Notwendigkeit der Achtung der Rechte aller Völker. In diesem Zusammenhang wird eigens der Libanon angesprochen. Das Schreiben ruft außerdem zur „Erarbeitung von Prozessen der Kooperation, der Kontrolle und der Abrüstung“ auf, um so den Krieg undenkbar zu machen. Durch die Irrtümer und Fehler der Vergangenheit klug geworden, hätten die Europäer von heute die Pflicht, an die jungen Generationen einen Lebensstil und eine Kultur weiterzugeben, die von Solidarität und Achtung vor dem Nächsten getragen seien. In dieser Hinsicht müsse das Christentum eine Quelle ständiger Inspiration sein: „Seine Lehre von der Person, die nach dem Bilde Gottes erschaffen ist, kann gewiß zum Erstarren eines erneuerten Humanismus beitragen.“

Der Papst hebt darauf ab, daß das öffentliche Leben nicht auf ethische Kriterien verzichten könne. Es sei „alles zu befürchten“, wenn das moralische Gewebe einer Nation brüchig werde. Es sei Aufgabe der Bürger, unter den politischen Entwürfen diejenigen herausfinden zu können, „die sich an Vernunft und moralischen Werten ausrichten“. Die Katholiken werden in dem Schreiben eigens zur Gewissensprüfung aufgerufen: Der Verfall der christlichen Werte, der die Irrtümer von gestern begünstigt habe, müsse sie

dafür wachsam machen, wie das Evangelium heute verkündet und gelebt werde. Gott rufe seine Kirche dazu auf, „ihren eigenen Beitrag zum Kommen einer brüderlicheren Welt zu leisten“.

## Die deutschen Kirchen mahnen zur Umkehr

Die Kirchen in der Bundesrepublik und in der DDR hatten auch schon 1979 zum vierzigsten Jahrestag des Kriegsausbruchs in mehreren Erklärungen Stellung bezogen (vgl. HK, Oktober 1979, 530). Zum Gedenktag in diesem Jahr veröffentlichten der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof *Martin Kruse*, und der Vorsitzende des DDR-Kirchenbundes, Bischof *Werner Leich*, einen gemeinsamen Brief an die Gemeinden der evangelischen Kirchen in den beiden deutschen Staaten. Der kurze Text enthält eine Vergebungsbitte angesichts der noch heute belastenden Schuld, den Dank an Gott für die erfahrene Versöhnung und die neue Gemeinschaft unter den Völkern und die Bitte um Frieden: „Was in unserer Kraft steht, wollen wir beitragen, damit der Friede unter den Völkern gefördert, die Würde des Menschen geachtet und Gerechtigkeit geübt werden.“

Auf katholischer Seite äußerte sich in der Bundesrepublik der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof *Karl Lehmann*, in einer Erklärung zum 1. September (vgl. HK, September 1989, 432). Die *Berliner Bischofskonferenz* richtete ein „Gemein-

sames Wort“ an die katholischen Gemeinden in der DDR, das in allen Sonntagsgottesdiensten verlesen wurde. Die DDR-Bischöfe betonten darin, Christen hätten keinen Anlaß zu Selbstgerechtigkeit: „Zwar dürfen wir dankbar auf das mutige Zeugnis derer schauen, die um ihres Glaubens willen dem Ungeist widerstanden haben, doch waren zu viele Christen unter denen, die mitschuldig geworden sind.“ Schuld könne nicht durch Vergessen ausgelöscht werden, sondern bedürfe der Vergebung. Der Text ruft nachdrücklich zur Umkehr auf: Dazu gehörten Abkehr von den Gesinnungen und Haltungen, welche die Untaten ermöglicht hätten („von menschenverachtender Ideologie und völkischer Überheblichkeit, nationalem Egoismus und rassistischem Herrenmenschentum, politischem Messianismus und Verherrlichung brutaler Gewalt bis zum ‚totalen Krieg‘“), und Hinwendung zu „solchen Gesinnungen, die dem Wert und der Würde des Menschen zutiefst Achtung entgegenbringen und so den Weg zum wirklichen Frieden weisen“. Daß sich die Berliner Bischofskonferenz in ihrem Wort zum 1. September ausdrücklich zur katholischen Mitverantwortung beim Bemühen um Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung bekennt, ist ein Indiz für die Nachwirkung der für die katholische Kirche in der DDR so wichtigen wie fruchtbaren Mitarbeit in der Ökumenischen Versammlung der christlichen Kirchen in der DDR zu den Themen des „konziliaren Prozesses“ (vgl. HK, Juni 1989, 249 ff.). U. R.

## ÖRK: Vollversammlung von Faith and Order in Budapest

In ihrer derzeitigen Besetzung hielt die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Budapest vom 9. bis 20. August 1989 ihre zweite (und bereits wieder letzte) Vollversammlung ab. Die Kommission, die vor einigen Jahren durch die Veröffentlichung

der Lima-Konvergenzerklärungen neu ins Blickfeld einer größeren Öffentlichkeit getreten war, war vor vier Jahren im norwegischen Stavanger zum letzten Mal beisammengewesen (vgl. HK, Oktober 1986, 452 ff.). Die Vollversammlungen der Kommission sind vorwiegend Arbeitstagungen, auf